

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	98
		TOP:	2
	Verhandlung	Drucksache:	697/2017
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	16.10.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Um- und Ausbau der Kindertagesbetreuung in Stuttgart - Übersicht über die Maßnahmen für die Haushaltsplanberatungen 2018/2019		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 04.10.2017, GRDRs 697/2017. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Der sich in der nachfolgenden Aussprache ergebende Beschluss ist **fett** dargestellt.

Die Vorsitzende informiert, trotz des bereits erreichten Platzausbaus bei den unter 3-Jährigen und der bereits beschlossenen Plätze, mit denen in den kommenden Jahren eine 52%ige Versorgung erreicht werden könne, müsse der Ausbau weitergehen. Zum einen sei das Versorgungsziel von etwa 62 % noch nicht erreicht, zum anderen habe die Zahl der Kleinkinder seit dem Jahr 2014 allein um über 2.000 Kinder zugenommen. Dabei handle es sich um eine sehr gute Entwicklung für Stuttgart, allerdings mit großen Herausforderungen für den Ausbau der Kindertagesplätze verbunden. Mit den zum Haushalt vorgelegten Maßnahmen können über 400 Kleinkindplätze entstehen, und der statistische Versorgungsgrad könne auf rund 54 % steigen. Bei den 3- bis 6-Jährigen werde sich mit den Maßnahmen, unter Berücksichtigung steigender Kinderzahlen, der statistische Gesamtversorgungsgrad auf ca. 104 % einpendeln. Der GT-Versorgungsgrad steige auf ca. 74 %.

Bei den großen Maßnahmen des städtischen Trägers handle es sich fast ausschließlich um Abriss bestehender Einrichtungen und um Neubau mit Erweiterung der Platzzahl (s. Anlage 5, Liste 2). Somit seien auch die Inbetriebnahmen der Neubauten und die Per-

sonalbeschaffung in diesen Fällen weniger aufwendig, da das Personal vorhanden sei und lediglich aufgestockt werden müsse. Bei den freien Trägern seien neben neuen Vorhaben auch Sanierungen mit und ohne Erweiterungen beantragt worden (Anlage 4, Liste 1.1 bis Liste 1.5). Die Kosten der beantragten Maßnahmen betragen bei den Investitionen bzw. Investitionskostenzuschüssen insgesamt rund 50,13 Mio. €. Die laufenden jährlichen Betriebskosten bzw. Betriebskostenzuschüsse würden rund 14,26 Mio. € betragen.

StRin Ripsam (CDU) beklagt den späten Erhalt der Mitteilungsvorlage, erst nachdem sie die Maßnahmen in der roten Liste gefunden habe. Sie freut sich über den Ausbau der Kindertages- und Schulkindbetreuung und bemerkt die finanziellen Aufwendungen, die seitens der Stadt unternommen werden, was auch StR Lazaridis (90/GRÜNE) positiv hervorhebt. Im weiteren Verlauf kündigt StRin Ripsam Haushaltsanträge hinsichtlich des Ausbaus in der Kindertagespflege und der Kindertagesbetreuung an. Als personalwirtschaftliche Maßnahme werden der Tarif Plus und der Ausbau der Ausbildung für Erzieherinnen/ Erzieher beantragt. Für StR Lazaridis gehören zum Ausbau in der Kinderbetreuung die Sanierungsvorhaben der Einrichtungen hinsichtlich einer Angebotsumwandlung. Neben der Personalbeschaffung im Kitabereich müsse auch im Hochbauamt für den Bereich der Kindertagesstätten nachgesteuert werden. Lobend erwähnt der Stadtrat die Versorgung der Kinder mit Fluchterfahrung. Die Stärkung des Instruments der Kindertagespflege erwähnt StR Lazaridis als bewährtes Element der Betreuungsleistungen und kündigt hierzu einen Antrag an.

In absehbarer Zeit sollte erreicht werden, so StRin Vowinkel (SPD), dass der Bedarf an Kindertagesbetreuung naheliegend gedeckt sei. Sie spricht den freien Trägern gegenüber ihren Dank aus, nachdem der Ausbau weiter vorangetrieben und investiert werde. Sie bemängelt, dass Beschlüsse der letzten Haushaltsberatungen hinsichtlich des Um- und Ausbaus der Kindertagesbetreuung teilweise erst jetzt vollzogen würden. Die Stellenbesetzung in den Ämtern hänge bedingt damit zusammen. In den städtischen und den Kitas der freien Träger herrsche ein großer Sanierungsstau, der behoben werden müsste. Die Investition in die Ausbildung der Erzieherinnen/Erzieher sei für sie unabdingbar. Ein weiteres Problem sieht sie bei den Bonuscard-Inhabern, die teilweise eine Aufstockung ihrer täglichen Arbeitszeit ablehnten, um als Bonuscard-Inhaber weiterhin von der Kitagebühr befreit zu bleiben. Den Ausbau der flexiblen Kitabetreuung und eine langfristige Kitagebührenbefreiung strebe die SPD-Gemeinderatsfraktion an. StRin Vowinkel berichtet von der Kita Neckarpiraten Bad Cannstatt, die im Jahr 2018 geschlossen und abgerissen werde. Sie erkundigt sich, warum diese Kita nicht in die grüne Liste der Vorhaben aufgenommen worden sei. Hingegen sei die Kita Polifant in Bad Cannstatt, die an einem der verkehrsreichsten Standorte in Stuttgart liege, in die grüne Liste aufgenommen worden. Den Standort der Kita Polifant sieht auch StR Lazaridis als kritisch an, weswegen ein Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN zur Kita Neckarpiraten Bad Cannstatt gestellt werde.

Bezogen auf den Standort der Kita an der Waiblinger Straße 14 in Bad Cannstatt möchte StRin Gröger (SPD) wissen, ob die Qualität eines Standorts für eine Kita generell noch relevant sei.

Zu den Neckarpiraten verweist die Vorsitzende auf die rote Liste und bemerkt, diesbezüglich würde sie Initiativen aus dem Gemeinderat begrüßen. Im Rahmen der Abstimmung der grünen Liste seien Projekte präferiert worden, die die Anzahl der Plätze vergrößerten. Allerdings hält sie es für sinnvoll, wenn die realistisch umsetzbaren Projekte

verfolgt würden. Frau Wagner (JugA) ergänzt und verweist auf die Liste 1.2 der Anlage 4 der GRDRs 697/2017, auf der sich die Kita Polifant an letzter Stelle befinde, da das Vorhaben vom Jugendamt nicht hoch priorisiert worden sei. Die Kita stehe auf der grünen Liste, da der Träger dies beantragt habe. Allerdings müsse der Träger mit dem KVJS und dem Baurechtsamt klären, ob dort eine Kita überhaupt möglich sei. Letztendlich würde der KVJS eine Zulassung für eine Kita aussprechen. Das Jugendamt treffe hierbei nicht die Entscheidung. Die Finanzierung der Kita Neckarpiraten sei seitens der Fachverwaltung befürwortet worden. Frau Wagner betont, vonseiten der Finanzverwaltung seien Projekte in die grüne Liste aufgenommen worden, die zusätzliche Plätze schaffen würden. Die Betriebserlaubnis, unterrichtet Herr Korn (JugA), werde erteilt, wenn die bau- und brandschutzrechtlichen, die personellen und Rahmenbedingungen für die Außen- und Innenfläche erfüllt seien.

StRin Halding-Hoppenheit (SÖS-LINKE-PluS) schließt sich ihren Vorrednern an und spricht sich für den Ausbau der Kindertagesbetreuung aus.

StR Klingler (AfD) lobt den Ausbau und die damit getätigten Investitionen der Stadt Stuttgart. Der Sanierungsstau stelle für ihn ein geringeres Problem als der Personalmangel im Betreuungsbereich dar. Auf diesen Bereich müsse verstärkt geschaut werden.

Herr Schulze-Gronemeyer geht auf den getätigten Ausbau bei den 0- bis 3-Jährigen in den letzten Jahren ein. Mit Blick auf die 3- bis 6-Jährigen seien 16.285 Plätze (104 %) realisiert worden. Aktuell gebe es 19.630 Plätze (104 %) bei nicht unerheblich gestiegenen Kinderzahlen. Er begrüßt ausdrücklich die Weiterführung des Tarif Plus, was den Abfluss des Personals in die Region verhindere. Darüber hinaus sei die Praxisintegrierte Ausbildung (PIA) verantwortlich für den gelungenen Ausbau. Hierbei regt er an, die PIA-Auszubildenden nicht auf den Stellenplan der einzelnen Einrichtungen anzurechnen. Bei dem Ausbau der Kindertagespflege gebe es allerdings eine Stagnation. Er stellt die Frage in den Raum, ob alle Eltern einen Ganztagsplatz benötigten oder mit einer Tagespflegebetreuung eventuell flexibler seien. Bei der Schulkindbetreuung der 6- bis 12-Jährigen wäre ein Überblick über die Betreuungsangebote hilfreich und wie diese ineinandergriffen. Herr Schulze-Gronemeyer äußert die Bereitschaft, sich unter den bestehenden Bedingungen an einem Klausurtag zu beteiligen.

Die Vorsitzende hebt den Ausbau, was in den letzten Jahren geleistet worden ist, hervor und weist auf erhebliche finanzielle Mittel hin, die den Ausbau ermöglicht hätten. Zur Kindertagespflege erklärt Frau Dr. Heynen (JugA), hierfür würden Ressourcen für eine konzeptionelle Betrachtung benötigt, die im Jugendamt knapp seien. Die Anrechnung der PIA-Auszubildenden auf den Stellenschlüssel sei ihr bisher nicht bewusst gewesen. Sie sagt einen Austausch darüber zu.

BMin Fezer stellt - wie von Herrn Schulze-Gronemeyer beantragt - den Antrag, die Listen 1.3, 1.4 und 1.6 der Anlage 4 "Anmeldungen Jugendamt - öffentliche Kindertageseinrichtungen freier Träger" mit Bezug auf die haushaltsrelevante Mitteilungsvorlage GRDRs 697/2017 mit in die Haushaltsplanberatungen aufzunehmen und zu befürworten, zur Abstimmung und stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt bei 7 Ja-Stimmen und 8+ Enthaltungen einmütig zu.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 697/2017 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (27)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-PR
Rechnungsprüfungsamt
OB-KB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 5. Referat T
Hochbauamt (2)
Tiefbauamt (2)
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN